



GEWERKSCHAFTEN UND ARBEITERPROTESTE VERFAHREN GEGEN KUTSCHMA TSCHERNOBYL – 25 JAHRE DANACH

■ ANALYSE	
Wirtschaftskrise ohne Arbeiterproteste. Zur Rolle von Gewerkschaften bei Arbeiterprotesten Von Mihai Varga, Bukarest	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Proteste und Protestpotenzial	6
■ UMFRAGE	
Sicht der Bevölkerung auf das Verfahren gegen Kutschma	11
■ UMFRAGE	
Tschernobyl – 25 Jahre danach	13
■ CHRONIK	
Vom 13. April bis zum 10. Mai 2011	14
■ LESETIPP	
Neu: Belarus-Analysen	16



Wirtschaftskrise ohne Arbeiterproteste. Zur Rolle von Gewerkschaften bei Arbeiterprotesten

Von Mihai Varga, Bukarest

Zusammenfassung

Tausende Studenten protestierten im Oktober 2010 gegen die Sparmaßnahmen der ukrainischen Regierung und im Winter des vorigen Jahres besetzten Kleinunternehmer Kiews Hauptplatz, um sich der Steuerpolitik Serhij Tihipkos zu widersetzen. Arbeiterproteste blieben aber aus, zumindest auf nationaler Ebene: Die größte Gruppe von Bürgern, die von den Sparmaßnahmen der Regierung betroffen war, protestierte nicht, und das trotz eines – im europäischen Vergleich – hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades. In diesem Artikel analysiere ich die Rolle des größten Gewerkschaftsbundes in der Ukraine, der Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FPU). Ich argumentiere, dass die geringe Einmischung der Arbeiter in die Politik vor allem dieser Gewerkschaft geschuldet ist. Die Gewerkschaft schafft es, die Arbeiter durch selektive Sozialleistungen zu demobilisieren, und sie erschwert die Verbreitung alternativer Gewerkschaften.

Einleitung

In der Ukraine reagierte der Staat mit strengen Sparmaßnahmen und protektionistischer Politik auf die letzte Wirtschaftskrise: Die Gasrechnung für den Verbraucher hat sich seit August 2010 verdoppelt und der Staat verteuerte die Importe – vor allem von Konsumgütern – um die wenigen Binnenproduzenten zu stärken. Die Löhne der meisten Angestellten sanken seit 2009 und in manchen Branchen fielen die Zahlungen für viele Monate sogar ganz aus. Diese Entwicklungen gingen einher mit tief greifenden Sparmaßnahmen, die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Serhij Tihipko eingeleitet wurden – kommunale Haushalte wurden gekürzt, Gebühren für bisher kostenlose Dienstleistungen (zum Beispiel die Ausbildung an Universitäten) wurden eingeführt und eine Erhöhung des Rentenalters wurde angekündigt.

Die einzigen Proteste jedoch, die landesweit stattfanden, waren die der Studenten und Kleinunternehmer. Im Oktober 2010 beteiligten sich ungefähr 20.000 Studenten an Protesten in mehreren Städten. Ein paar Monate darauf protestierten die bisher noch nie über kollektive Protestaktionen organisierten Kleinunternehmer, die den Hauptplatz Kiews erst nach mehreren Tagen und infolge einer polizeilichen Räumungsaktion verließen. Arbeiterproteste auf nationaler Ebene gab es jedoch nicht. Trotz reger, aber unkoordinierter Protestaktivität in den Regionen, fanden ukraineweite Arbeiterdemonstrationen oder Streiks nicht statt. Die Arbeiterproteste blieben regional begrenzt und hatten somit keine Wirkung auf die nationale Politik. Dies ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass, anders als Studenten und Kleinunternehmer, die Arbeiter in großen Gewerkschaften kollektiv organisiert sind.

In diesem Beitrag wird gezeigt, dass die Abwesenheit von Arbeiterprotesten auf nationaler Ebene mit der Aktivität der größten ukrainischen Gewerkschaft zu

erklären ist. Wie weiter unten erläutert wird, demobilisiert die Föderation der Ukrainischen Gewerkschaften (FPU) durch ihre Aktionen die Arbeiter und fragmentiert deren Proteste.

FPU – viele Mitglieder, wenig Interessenvertretung

Die FPU, die Nachfolgeorganisation des sowjetischen, eng an die Regierung gebundenen gewerkschaftlichen Dachverbandes, wurde den Lesern der Ukraine-Analysen bereits in einem Beitrag von Lyudmyla Volynets vorgestellt (Ukraine-Analysen Nr. 47/2008). Zusammenfassend kann man die FPU als eine Massenorganisation bezeichnen (mehr als drei Viertel der Gewerkschafter gehören ihr an), die ihre Mitglieder nicht über Interessenvertretung zu halten sucht, sondern durch Verteilung verschiedener Sozialleistungen. Die FPU kann sich Sozialleistungen in Form von Urlaubszuschüssen, Versorgung in medizinischen Einrichtungen und Vergabe billiger Wohnungen leisten, weil der Staat die Eigentumsrechte an der Infrastruktur, die diese Sozialleistungen ermöglichen, der FPU überlassen hat. Um den Erhalt der Sozialleistungen auch weiterhin zu garantieren, ist die FPU auf die Unterstützung des Staates angewiesen, was die Führung der FPU von der Regierung abhängig macht.

Aufgrund von Meinungsumfragen des World Values Survey kann man den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Ukraine mit dem in anderen postkommunistischen Ländern und Deutschland vergleichen. Grafik 1 und 2 zeigen, dass in der Ukraine mehr Menschen Gewerkschaftsmitglieder sind als in den größten anderen postkommunistischen Ländern und in Deutschland. Der Prozentzahl entspricht ungefähr der Anzahl der FPU-Mitglieder, da die meisten Gewerkschafter in der FPU organisiert sind. Die zweitgrößte Gewerkschaft des Landes nennt sich Konföderation

Freier Gewerkschaften in der Ukraine (KVPU) und organisiert einen wesentlich kleineren Teil der Arbeiter (weniger als 300.000 laut Volynets). Sie ist Anfang der 1990er Jahre aus den Bergarbeiterprotesten im Osten des Landes entstanden.

Trotz dieses massiven Mitgliedervorsprungs versucht die FPU nicht aktiv, ihre Mitglieder zu mobilisieren, um bestimmte Arbeiterinteressen gegen die Regierung und die Arbeitgeber zu sichern. Die Kleinunternehmer zum Beispiel organisierten sich im Jahr 2010 erfolgreich gegen eine Steuerreform und erzielten durch ihre Proteste eine Verschiebung der Reform. Die FPU hingegen nahm es hin, dass der von der Partei der Regionen kontrollierte Staat ein neues, die Arbeitnehmerrechte beschneidendes Arbeitsgesetzbuch verabschiedete (wonach z. B. die Gewerkschaft einer Entlassung nicht mehr zustimmen muss), den Gaspreis für Konsumenten um 50 % und auch das Rentenalter erhöhte, ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer zu nehmen und ohne die FPU einzubeziehen. Warum lässt die FPU so etwas zu?

FPU im Dienst der Politik

Die Aktivitäten der FPU sind besser zu verstehen, wenn man die Gewerkschaft nicht als repräsentative Arbeiterorganisation betrachtet, sondern als Organ zur Regulierung von Arbeiterprotesten im Auftrag der Politik. Dies ist keine neue Entwicklung in der ukrainischen Politik: Die FPU spielt diese Rolle bereits seit ihrer Gründung im Jahr 1990 und im Prinzip entspricht sie damit immer noch dem sowjetischen Muster gewerkschaftlicher Organisationen, deren Hauptaufgabe die Eindämmung von Arbeiterprotesten war. Diese Kontinuität funktioniert im Falle der post-sowjetischen Ukraine nur unter zwei Voraussetzungen.

Erstens setzt dieses Modell der Eindämmung von Arbeiterprotesten eine gewisse Infrastruktur voraus, die es der FPU ermöglicht, Sozialleistungen, die vom Staat nicht angeboten werden, unter den Arbeitern zu verteilen und diese als Druckmittel zu nutzen: Wer aus der FPU austritt, erhält keine Leistungen mehr. Die Infrastruktur – noch zu Sowjetzeiten errichtet – besteht aus Krankenhäusern, Wohnheimen und Ferienanlagen. Vor allem die letzteren sind Eigentum der FPU geblieben, während die meisten anderen Anlagen nun Eigentum verschiedener Unternehmen sind und von der FPU nur noch verwaltet werden. Dennoch besitzt die FPU Immobilien und Anlagen im Wert von 264 Mio. Euro (Delo, Stand 2009).

Zweitens benötigt das Modell eine Gesetzgebung, welche die Kontrolle der Infrastruktur durch die FPU schützt und sogar stärkt. Am wichtigsten sind dabei Gesetze und entsprechende gerichtliche Entscheidungen,

die die Infrastruktur der FPU gegen Unternehmen, die zum Verkauf derselben bereit sind, sichern, wodurch die Rolle der Gewerkschaft bei der Begrenzung von Arbeiterprotesten geschwächt würde. Wie aber erfolgt diese Eindämmung?

Die Folgen der FPU-Dominanz

Die von der FPU kontrollierte Infrastruktur und die gesetzliche Lage wirken sich in zweierlei Hinsicht auf das Protestverhalten der Arbeiter aus.

Erstens sind viele Arbeiter in der Ukraine auf die von der FPU verwalteten Sozialleistungen angewiesen. Während meiner Feldforschung in den Jahren 2007 und 2008 in einer der größten FPU-Mitgliedsorganisationen in Saporishshja, im Südosten des Landes, betonten viele der Arbeiter, wie wichtig für sie solche Sozialleistungen seien. Ohne Urlaubszuschüsse könnten ihre Kinder in den Ferien die Stadt nicht verlassen und hätten keinen Zugang zu bestimmten ärztlichen Behandlungen (etwa Zahnarzt), da diese sehr teuer seien.

Die Sozialleistungen werden aber vom Arbeitgeber und der FPU-Gewerkschaft selektiv verteilt. Auch lassen manche Unternehmen nur dann die Verteilung von Leistungen durch die Gewerkschaft zu, wenn diese sich verpflichtet, die Arbeiter zu »disziplinieren« und Produktionsstörungen zu vermeiden. Die Gewerkschaften sind also nicht nur von der Regierung abhängig, sondern auch von den Unternehmen; die Arbeiter hingegen sind von der Gewerkschaft und dem Unternehmen abhängig. Dies führt in der Praxis dazu, dass die Arbeiter nur dann protestieren, wenn sie nichts mehr zu verlieren haben. Das erklärt zum Beispiel, warum die meisten Arbeiterproteste in der Ukraine gerade dann stattfinden, wenn es um Massenentlassungen, Fabrikschließungen oder Lohnrückstände geht, warum aber für Lohnerhöhungen kaum ein Arbeiter auf die Straße geht. Wenn die Unternehmen kein Geld mehr haben, um die Arbeiter zu bezahlen, kann sich meist auch die Gewerkschaft keine Sozialleistungen mehr leisten – die Arbeiter riskieren also keine weiteren Einbußen. Wenn aber die Gewerkschaft immer noch über Ressourcen verfügt und verschiedene Sozialleistungen anbietet, nehmen die Arbeiter auch bei massiven Lohnrückständen nicht an Protesten teil (wenn die Gewerkschaft nicht anders entscheidet). Das erklärt zum Beispiel, warum es in den 1990er Jahren so viele Angestellte in Russland und in der Ukraine gab, die täglich zur Arbeit gingen, auch wenn sie monate- und manchmal sogar jahrelang nicht entlohnt wurden.

Grafik 3 zeigt Daten aus einer neuen Studie junger ukrainischer Soziologen – ein Monitoring ukrainischer Zeitschriften aus dem ganzen Land –, die eine Übersicht über alle kollektiven Proteste, die in der Ukraine seit

2009 stattgefunden haben, liefert. Ergebnis der Untersuchung ist, dass die meisten Arbeiterproteste in der Ukraine auf die Zahlung von Lohnrückständen – und nicht auf Lohnerhöhungen – abzielten.

Eine zweite Folge der besonderen infrastrukturellen und gesetzlichen Lage ist die deutlich erschwerte Verbreitung alternativer Gewerkschaften. Um Anspruch auf Leistungen zu haben, müssen die Arbeiter Mitglieder der FPU sein und dürfen keiner anderen Gewerkschaft angehören. Die alternativen Gewerkschaften, die von den Arbeitnehmern selbst gegründet wurden und weder Nachfolgeorganisationen des sowjetischen Dachverbandes noch eines seiner Mitglieder sind, stehen mit der FPU und ihren Ressourcen im Wettbewerb. Dabei stehen die Arbeiter vor der Wahl, ob sie die Sozialleistungen der FPU in Anspruch nehmen wollen und dafür auf eine klare Interessenvertretung verzichten, oder ob sie einer jungen Organisation beitreten, die sich zwar um Interessenvertretung bemüht, deren Erfolge aber schwer vorhersagbar sind. Die meisten Arbeiter entscheiden sich für das Angebot der FPU.

Diese ungünstigen Bedingungen haben die Neugründung von Gewerkschaften und deren Entwicklung jedoch nicht verhindert. Sie entwickeln sich insbesondere dort, wo es keine soziale Infrastruktur und somit keinen direkten Wettbewerb mit der FPU gibt. Als Beispiel sei die Organisation Sahyst Pratsi genannt, die unter den Erwerbstätigen auf den Kiewer Märkten und in den Supermärkten internationaler Großhändler wie Metro und Auchan Fuß gefasst hat.

Zwei Schwachstellen der FPU

Die FPU mag viel Macht über die Arbeiter haben, sie ist aber alles andere als eine stabile, starke Organisation, deren Schwachstellen nicht von anderen Akteuren ausgenutzt werden könnten. Ich werde mich auf zwei solcher Schwachstellen konzentrieren, die man der Analyse oben entnehmen kann.

Abhängigkeit von der Regierung

Erstens ist die FPU keine unabhängige Organisation, die sich auf die Unterstützung aktiver Mitglieder verlassen könnte: Arbeiterproteste durch Sozialleistungen eindämmen zu können bedeutet bei Weitem nicht, im Gegenzug auch Arbeiterproteste hervorrufen zu können, um damit die eigene Stellung etwa gegenüber der Regierung zu stärken. Die FPU versuchte während der Wirtschaftskrise nur zweimal ihre Mitglieder auf nationaler Ebene zu mobilisieren und für Proteste gegen die Antikrisenpolitik der Regierung nach Kiew zu holen. Der FPU-Präsident Wasyl Chara, Parlamentsabgeordneter und Mitglied der Partei der Regionen, warnte die Tymoschenko-Regierung im Dezember 2008 sogar mit

den Worten, »wenn wir nicht die Proteste leiten, werden die Leute Sie [die Regierung] zur Hölle fahren lassen«. Chara drohte damit, Zehntausende demonstrierende Arbeiter nach Kiew zu holen, wenn die Regierung ihr Versprechen nicht einhalte und z. B. die Stahlindustrie nur unzureichend unterstütze. Letztendlich kamen dann im November 2009 weniger als 5.000 Demonstranten, um gegen die Wirtschaftspolitik zu protestieren, eine Blamage für die FPU. An der einzigen anderen nationalen Protestaktion der FPU nahmen ebenfalls sehr wenige Menschen teil: Nur 15.000 kamen im Jahre 2006 zu den Protestkundgebungen gegen die Regierung von Jurij Jechanurow. Durch solche Fehlschläge bewies die FPU nur, dass sie keine Gefahr für die Regierung darstellt. Weitere Versuche der Mitglieder mobilisierung unternahm die FPU nicht. Insbesondere seit dem Machtwechsel im Jahr 2010 in der Ukraine, seit also die führende Partei der Regionen mit der FPU-Führung politisch in Einklang steht, ist es noch ruhiger um den Gewerkschaftsbund geworden. Ein weiterer möglicher Grund für ihr Verstummen ist, dass die FPU-Führung ihre eigene Machtlosigkeit erkannt hat: Da sie über keine Machtbasis verfügt, die mobilisierbar wäre, bleibt die FPU stark abhängig von der Regierung, denn diese sichert das Fortbestehen der sozialen Infrastruktur und der FPU-freundlichen Gesetzgebung.

Innerhalb der FPU gibt es kaum Kritik am Ausbleiben kollektiver Proteste. Im März 2011 kündigten die Angestellten aus dem Bildungsektor radikale Proteste gegen die Sparpolitik der Regierung an, die den meisten Lehrern ein Gehalt zahlt, das noch unter dem Mindestlohn liegt. Zwischen 5.000 und 10.000 Pädagogen protestierten dann Ende März 2011 in Kiew und ihr Kiewer Anführer, Oleksandr Jazun, verkündete eine radikalere Haltung gegenüber einer kompromisslosen Regierung. Jazun kandidierte am 24. März für die FPU-Präsidentschaft gegen Chara, da aber die reichen FPU-Gewerkschaften der Stahl- und Bergarbeiter Letzteren unterstützen, hatte keiner der Außenseiter eine Chance auf die Präsidentschaft (624 Stimmen für Chara, 5 gegen ihn).

Last des Eigentums

Eine zweite Schwachstelle ergibt sich gerade aus der Tatsache, dass ein Großteil der sozialen Infrastruktur der FPU selbst gehört. Hier geht es um Ferienkurorte, Hotels und andere Immobilien, die sich fast ausschließlich auf der Krim befinden und 1991 der FPU überlassen wurden (früher waren sie Eigentum des sowjetischen Dachverbandes). Hocharrangige FPU-Vertreter haben bereits Teile dieser Infrastruktur verkauft und dabei Bestechungsgelder von Unternehmen angenommen. Die aufgedeckten Korruptionsfälle brachten die FPU-Führung bei der Bevölkerung in Misskredit. Im

Jahr 2008 wurden mehrere führende FPU-Kader aufgrund solcher Affären verhaftet und der damalige FPU-Präsident musste zurücktreten. Das eigentliche Problem für die FPU ist aber, dass sie sich mit dem Ausverkauf des Gewerkschaftseigentums selbst die Existenzgrundlage entzieht. Von den 330 Hotels waren achtzehn Jahre später nur noch 101 im Besitz der FPU.

Darüber hinaus ist die Infrastruktur der FPU zum Ziel von kriminellen Gruppen geworden, die sich mit aggressiven Methoden zu bereichern versuchen. Solche Fälle gab es insbesondere zwischen 2004 und 2010, also während der Präsidentschaft Juschtschenkos. Juschtschenko war ein Gegner der FPU-Führung und warf ihr vor, die Interessen der Arbeiter nur mangelhaft zu vertreten. Verstärkt wurde die Abneigung durch die Abwendung des FPU-Präsidenten Oleksandr Stojan 2002 von der Partei Juschtschenkos, Nascha Ukraina, und seinem Eintritt in die Partei der Regionen im Jahr 2005. Im November 2008 versuchten in fast jeder der 27 Regionen des Landes Gruppen von Unbekannten, FPU-Büros zu besetzen und Dokumente sowie Stempel der regionalen Organisationen zu entwenden. In fünf Regionen waren die Überfälle erfolgreich und die entsprechenden Dokumente, die der angestrebten rechtlichen Übernahme des FPU-Eigentums dienen sollten, wurden gestohlen (hätte die FPU keine Dokumente mehr gehabt, um den Besitz von Immobilien nachzuweisen, hätten korrupte Gerichtshöfe der FPU das Eigen-

tumsrecht an den Immobilien verweigern können). Es gab keine offiziellen Untersuchungen und nur einer der Angreifer wurde verhaftet, jedoch auch gleich wieder freigelassen. Die Affäre hat gezeigt, dass der Schutz durch die staatlichen Behörden für die Gewerkschaft lebensnotwendig ist.

Ausblick

Es ist durchaus möglich, dass sich die Lage der FPU sehr bald verbessern wird, denn die neue Macht in Kiew versucht seit Mai 2010 das Eigentum der Gewerkschaft zu nationalisieren, was die FPU weniger angreifbar machen würde. Ein Großteil des im FPU-Besitz verbliebenen Eigentums – 101 Sanatorien, 66 Hotelanlagen, 4 Sportcamps, 2 Hochschulen, 17 Unternehmen und 4 Aktiengesellschaften – könnte somit bald wieder dem Staat gehören. Eine solche Entwicklung könnte den Arbeitnehmern aber auch die Entscheidung zwischen der Teilnahme an Protesten und der Annahme von FPU-Sozialleistungen erleichtern: Dort, wo die Macht der FPU über die Arbeiter auf der FPU-Infrastruktur und nicht auf der Infrastruktur, die den Unternehmen gehören und von der FPU nur verwaltet werden, beruht, könnte die Nationalisierung des FPU-Eigentums einen Anstieg nationaler Arbeiterproteste in der Ukraine ermöglichen, denn eines der wichtigsten Druckmittel wäre damit weggefallen.

Über den Autor:

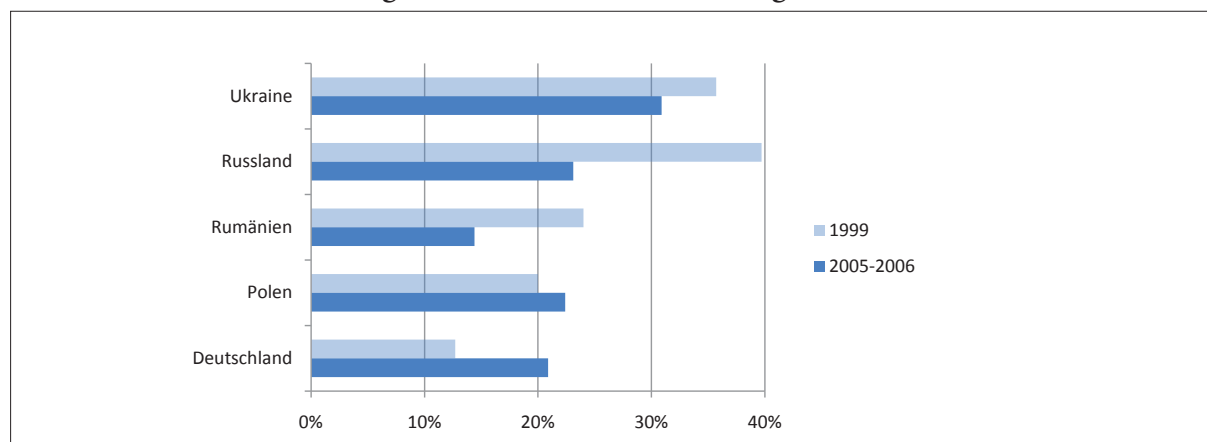
Dr. Mihai Varga (Promotion an der Universität Amsterdam; ab September 2011 Postdoc-Stelle am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz) forscht zu Arbeiterprotesten in post-kommunistischen Ländern (vor allem in der Ukraine und Rumänien), aber auch zu Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus in Russland, Ungarn, und Rumänien.

Lesetipps:

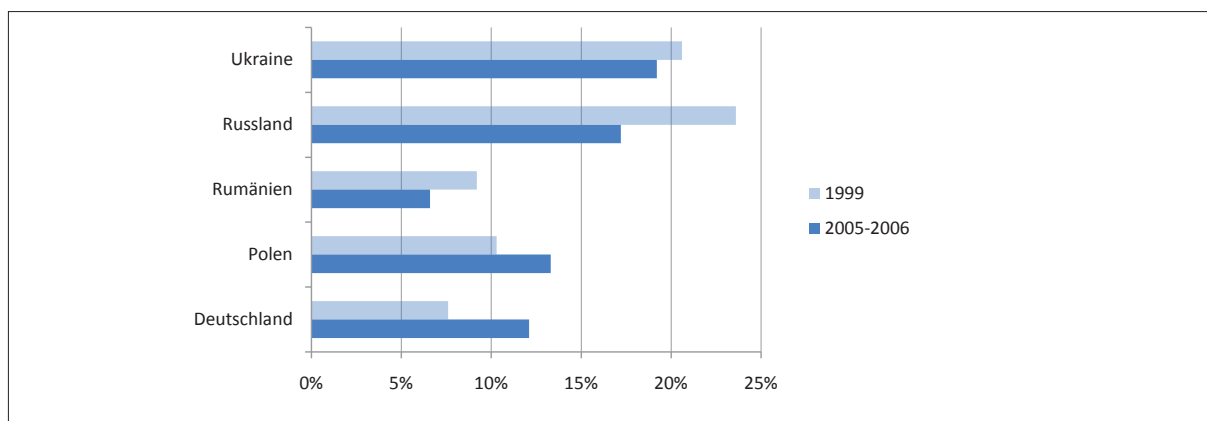
- Mihai Varga: Political involvement in industrial conflict in Ukraine during the world economic crisis 2008-2010, in: Emecon, 1/2010, <http://www.emecon.eu/current-issue/varga/>
- Statistiken über Arbeiterproteste (und kollektive Proteste anderer Gruppen) in der Ukraine – <http://www.cedos.org.ua>, Webseite des Zentrums für Soziale Forschung (auf Ukrainisch)

Proteste und Protestpotenzial

Grafik 1: Gewerkschaftsmitglieder unter den Vollbeschäftigten



Grafik 2: Gewerkschaftsmitglieder unter der Bevölkerung insgesamt



Quelle: Zusammengestellt von Mihai Varga nach Daten von World Value Survey, <http://www.worldvaluessurvey.org/>

Tabelle 1: Teilnehmer an Protestaktionen zwischen Oktober 2009 und September 2010 nach Thema

Anzahl der Teilnehmer	Bürgerrechte	ideologische Konflikte	soziale und wirtschaftliche Themen	Kampf um die Macht	gesamt
<10	57,1 %	12,6 %	30,7 %	13,0 %	29,6 %
<100	28,6 %	46,3 %	30,5 %	35,5 %	33,4 %
<1000	12,8 %	29,7 %	34,6 %	31,9 %	30,6 %
>1000	1,5 %	11,4 %	4,1 %	19,6 %	6,50 %
gesamt	409	510	1 576	293	2 788

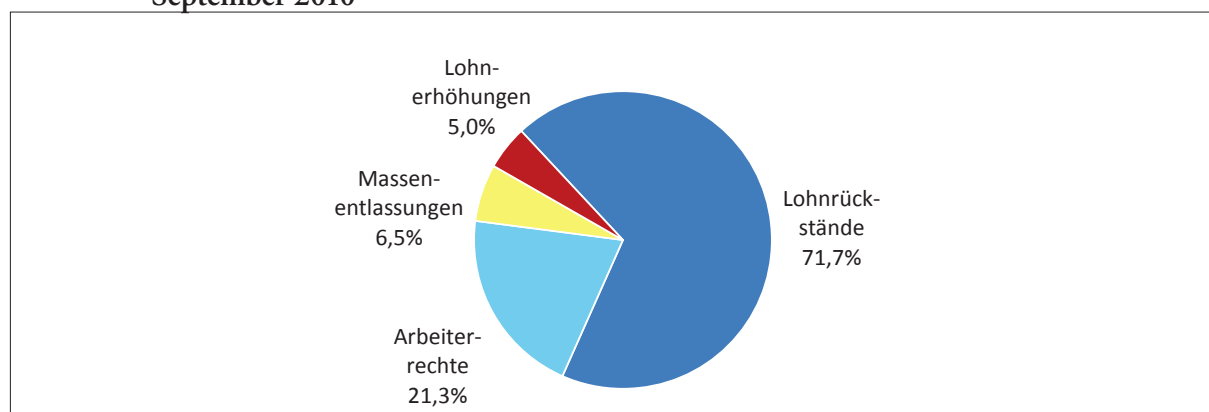
Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu, Kyjiv 2011, S. 12.

Tabelle 2: Verteilung der Protestteilnehmer zwischen Oktober 2009 und September 2010 nach Thematik und Zugehörigkeit

Thematik	Politiker / Parteien	NGOs	andere informelle Initiativen	gesamt
Bürgerrechte	19,2 %	32,2 %	8,1 %	14,7 %
ideologische Konflikte	35,9 %	15,7 %	3,8 %	18,3 %
soziale und wirtschaftliche Themen	19,9 %	40,3 %	84,2 %	56,5 %
Kampf um die Macht	25,0 %	11,8 %	3,8 %	10,5 %
gesamt	24,4 %	16,4 %	40,2 %	100,0 %
N	679	457	1121	2788

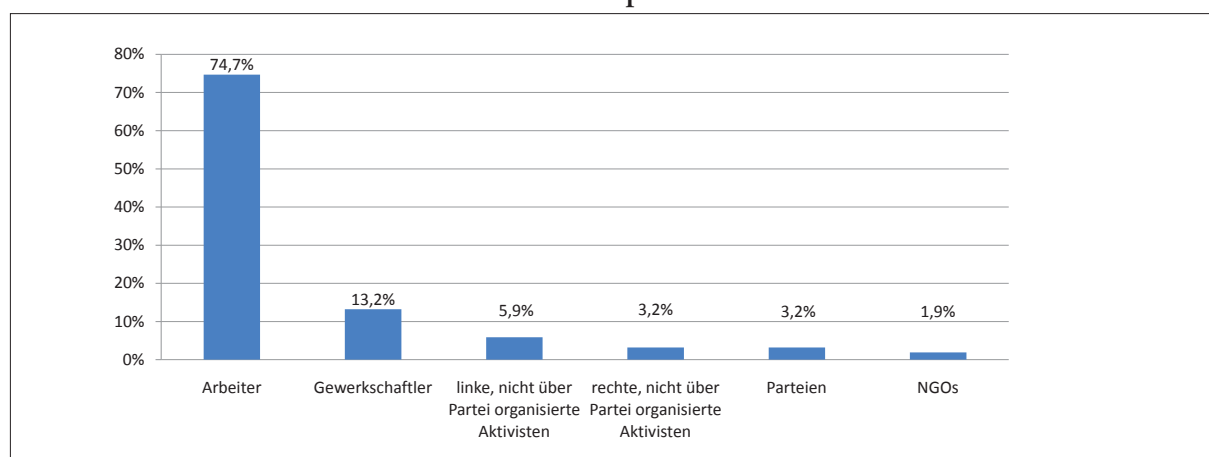
Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: *Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu*, Kyjiv 2011, S. 13.

Grafik 3: Thematik von 371 Arbeiterprotesten in der Ukraine zwischen Oktober 2009 und September 2010

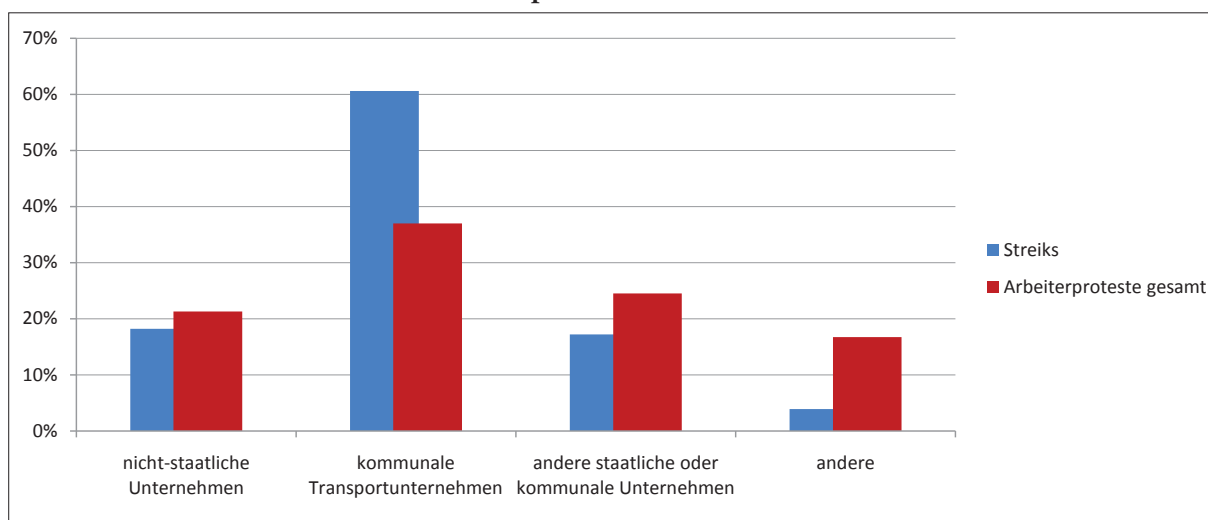


Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: *Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu*, Kyjiv 2011, S. 23.

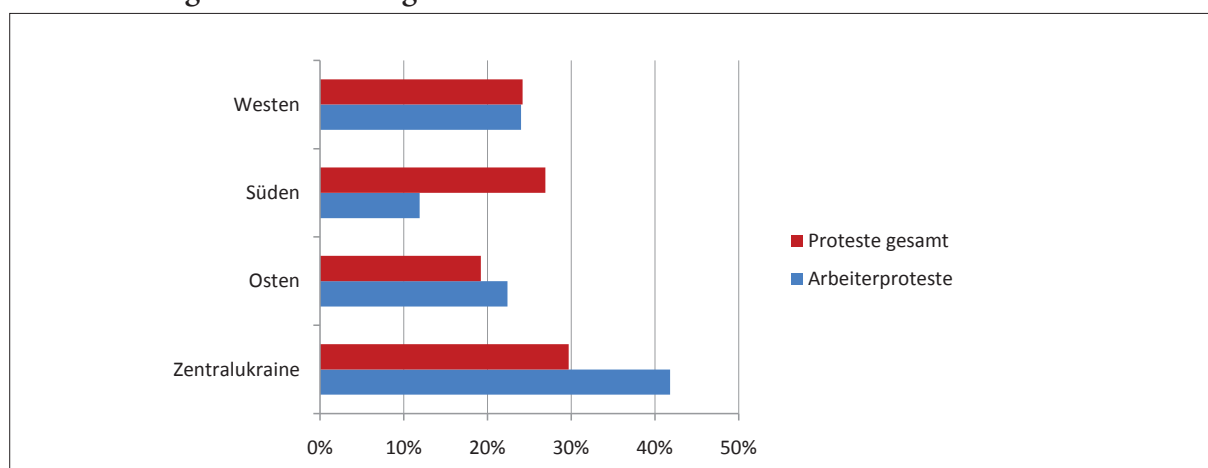
Grafik 4: Herkunft der Teilnehmer an Arbeiterprotesten



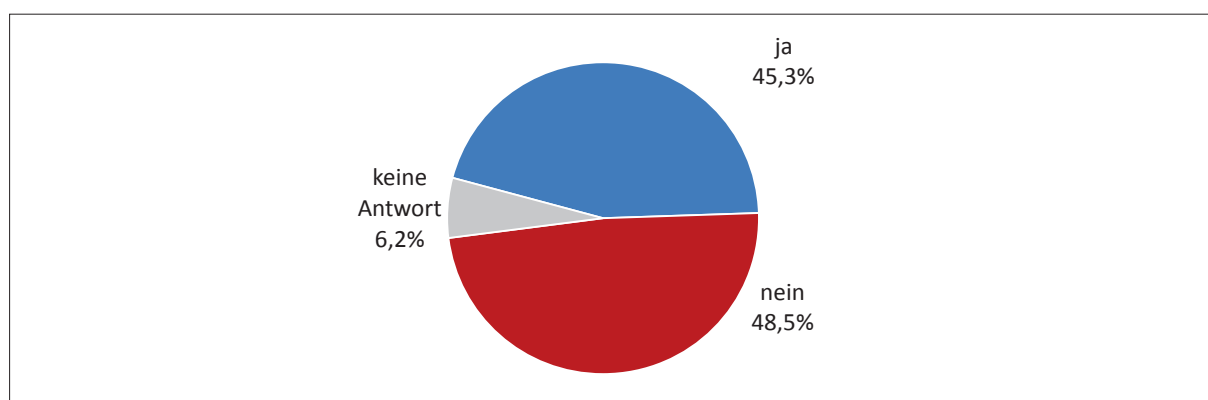
Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: *Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu*, Kyjiv 2011, S. 24.

Grafik 5: Unternehmen, deren Arbeiter protestieren

Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu, Kyjiv 2011, S. 25.

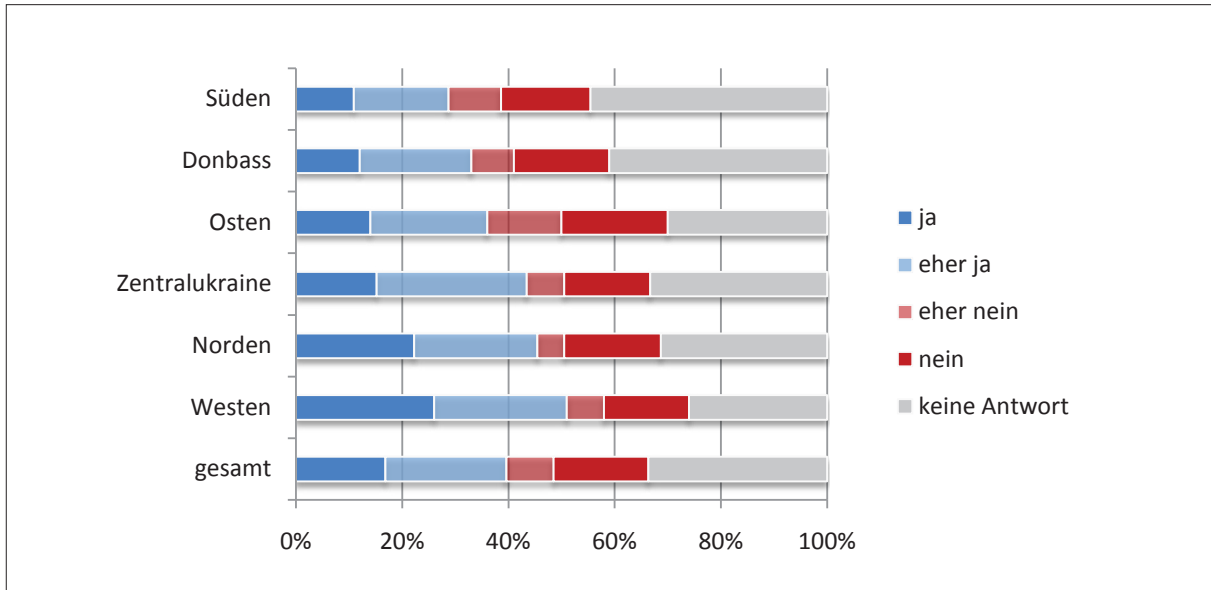
Grafik 6: Regionale Verteilung der Proteste

Quelle: Zentr doslidschennja suspilstwa: Protesty, peremohy i represiji w Ukraini: rezultaty monitoryngu, Kyjiv 2011, S. 21.

Grafik 7: Wären Sie selbst bereit, an einer Protestaktion teilzunehmen?

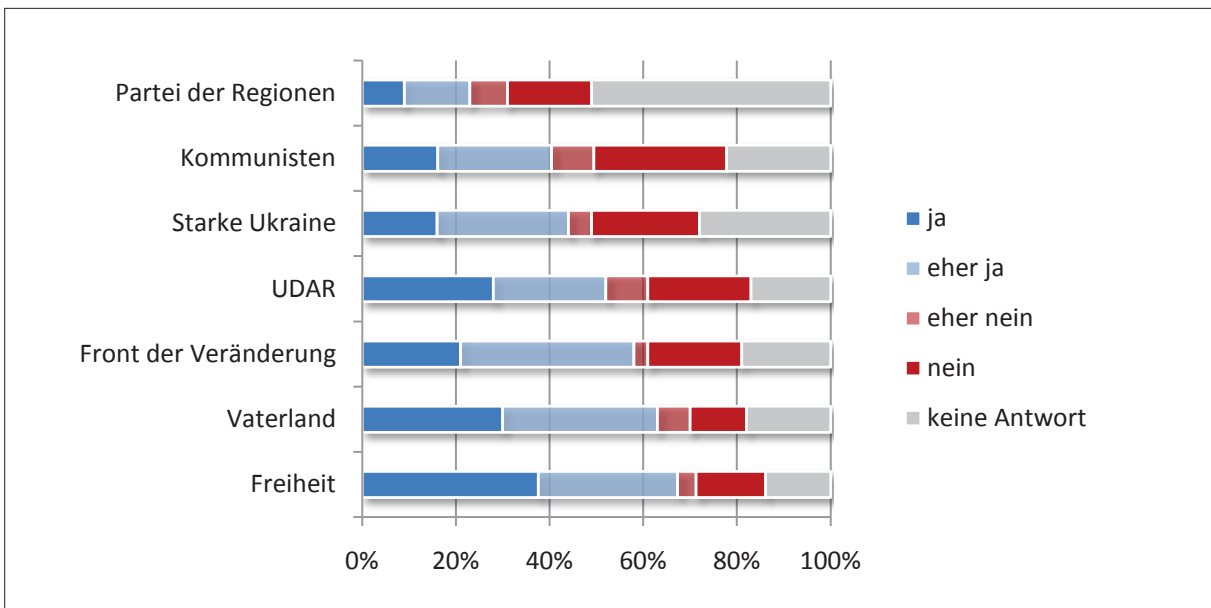
Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 25. bis 27.3.2011, http://institute.gorshenin.ua/researches/67_Protestnie_nastroeniya_ukraintsev.html

Grafik 8: Wären Sie selbst bereit, Ihre Rechte und Interessen durch die Teilnahme an Protestaktionen zu vertreten? (nach Regionen)



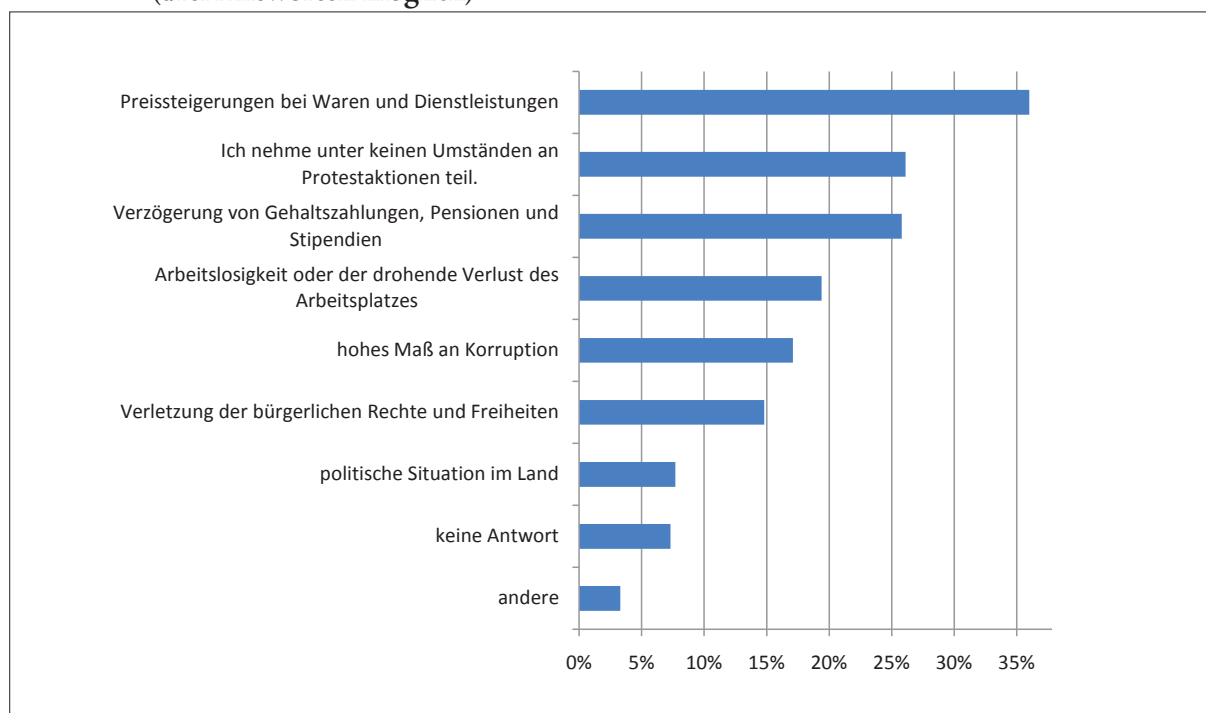
Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 30.3. bis 9.4.2011, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/13957/>

Grafik 9: Wären Sie selbst bereit, Ihre Rechte und Interessen durch die Teilnahme an Protestaktionen zu vertreten? (nach politischer Orientierung, Auswahl)



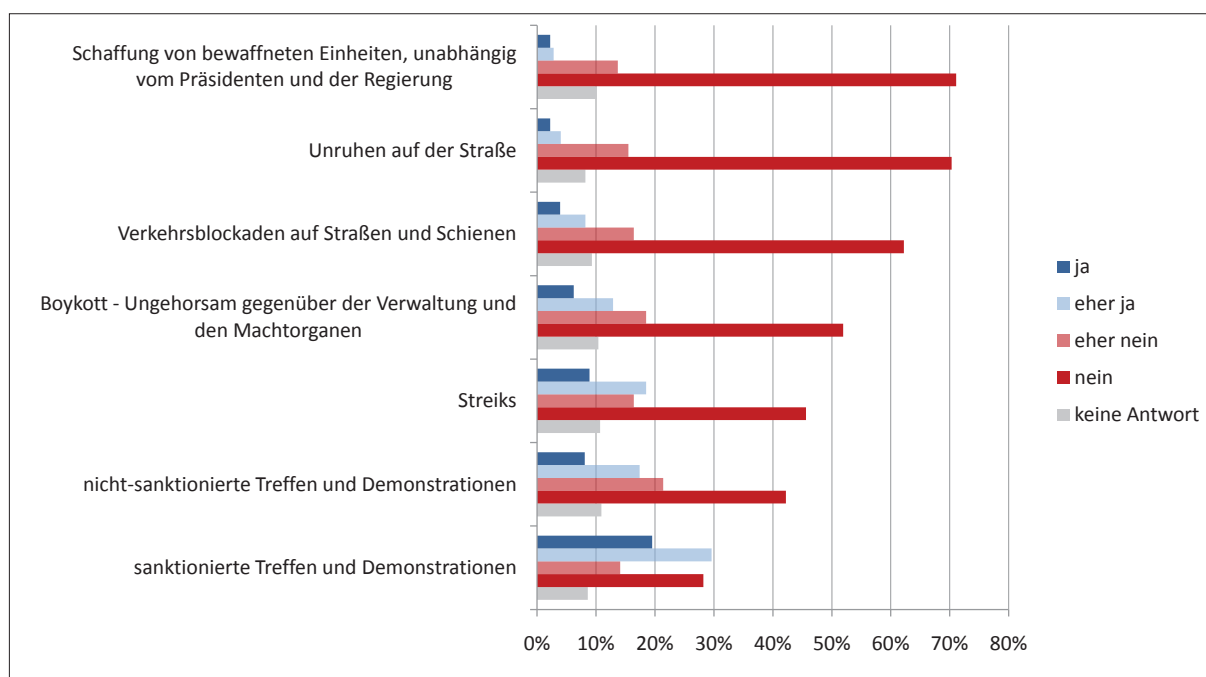
Quelle: repräsentative Umfrage der Soziologischen Gruppe Rating vom 30.3. bis 9.4.2011, <http://ratinggroup.com.ua/products/politic/data/entry/13957/>

**Grafik 10: Was könnte Sie dazu bringen, an Protestaktionen teilzunehmen?
(drei Antworten möglich)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 25. bis 27.3.2011, http://institute.gorshenin.ua/researches/67_Protestnie_nastroeniya_ukraintsev.html

Grafik 11: Wären Sie selbst bereit, an den folgenden Aktionen zur Verteidigung Ihrer Rechte und Interessen teilzunehmen?



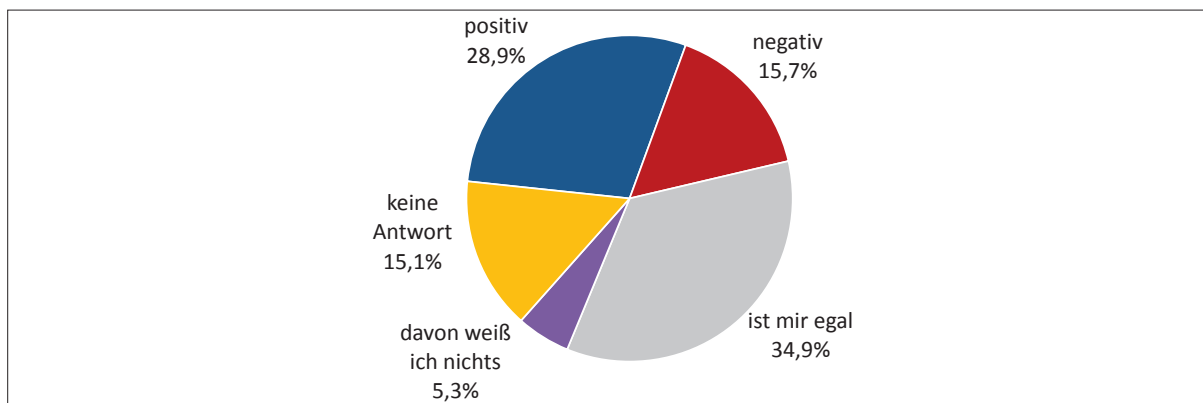
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

UMFRAGE

Sicht der Bevölkerung auf das Verfahren gegen Kutschma

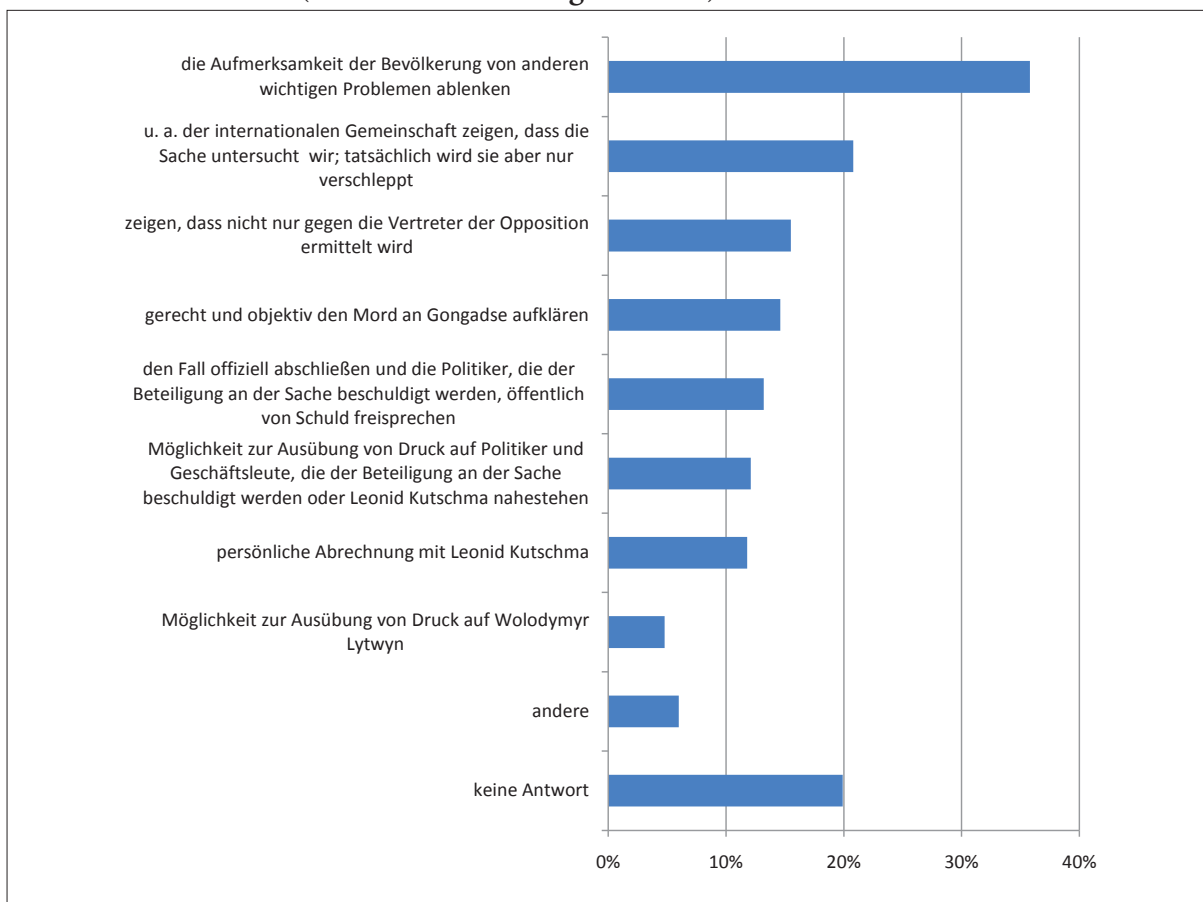
Gegen den ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma wurde Ende März 2011 von der Generalstaatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er wird des Machtmissbrauchs und illegaler Anweisungen an das Innenministerium, die zur Ermordung des Journalisten Heorhij Gongadse im Jahr 2000 geführt haben sollen, beschuldigt (s. Ukraine-Analyse Nr. 90).

Grafik 1: Wie beurteilen Sie die Eröffnung des Ermittlungsverfahrens gegen Leonid Kutschma?

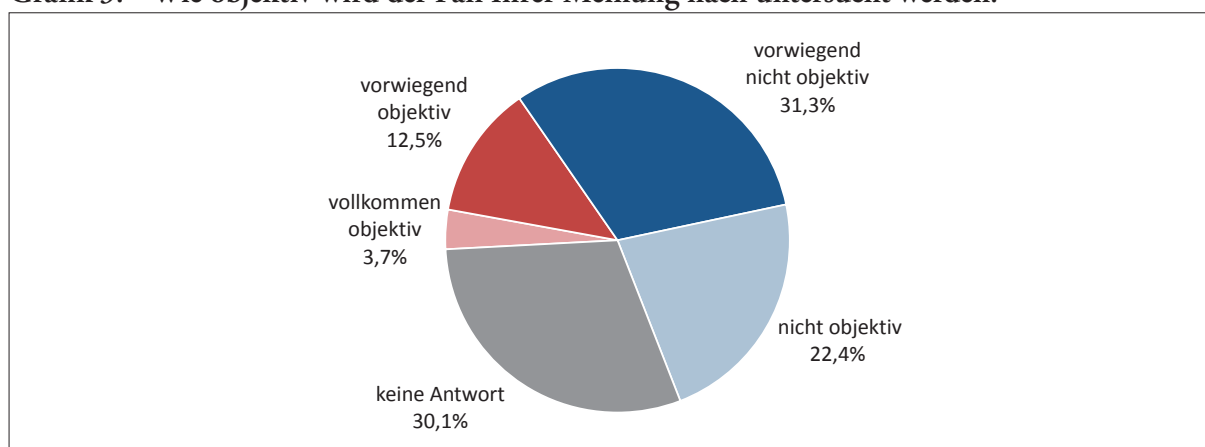


Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

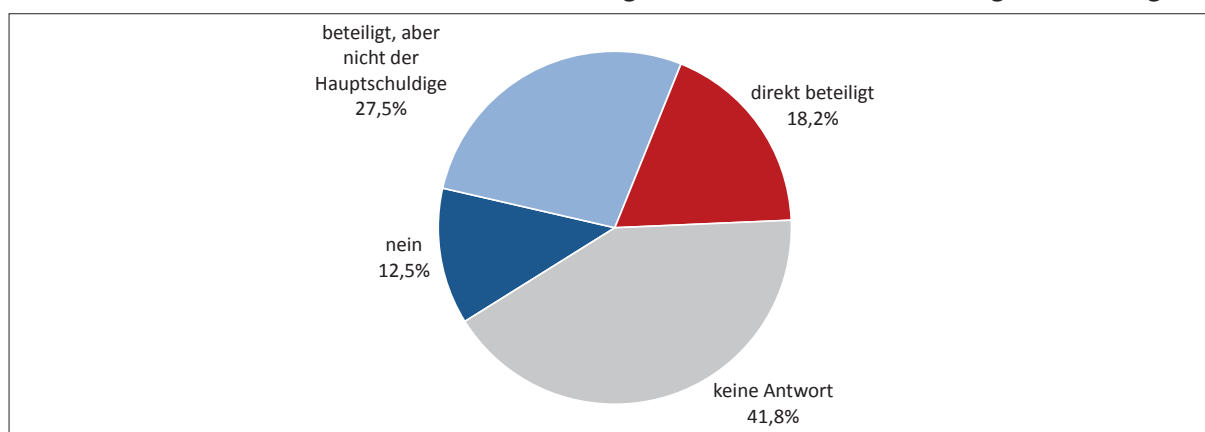
Grafik 2: Was war Ihrer Meinung nach das Hauptziel der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens? (mehrere Antwortmöglichkeiten)



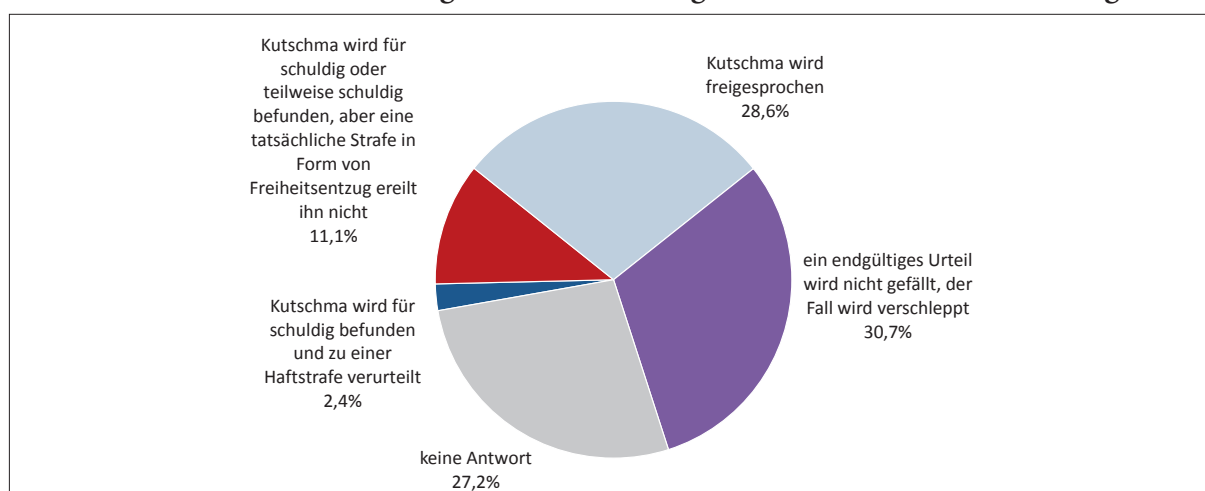
Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

Grafik 3: Wie objektiv wird der Fall Ihrer Meinung nach untersucht werden?

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

Grafik 4: War Leonid Kutschma Ihrer Meinung nach an dem Mord an Gongadse beteiligt?

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

Grafik 5: Wie wird der Fall Gongadse Ihrer Meinung nach für Leonid Kutschma ausgehen?

Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Instituts vom 1. bis 5.4.2011, http://www.razumkov.org.ua/ukr/news.php?news_id=369

UMFRAGE

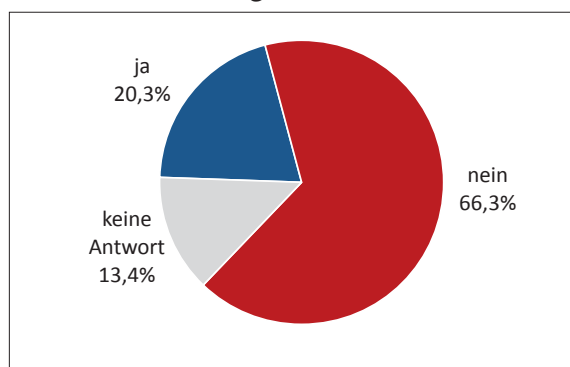
Tschernobyl – 25 Jahre danach

Am 19. April 2011 fand in Kiew eine internationale Geberkonferenz statt, auf der die Teilnehmer in erster Linie um Geld für die Sicherung des havarierten Atomkraftwerkes in Tschernobyl gebeten wurden. Auch 25 Jahre nach der Katastrophe sind Sicherungsmaßnahmen dringend erforderlich. Die Regierungsvertreter von ca. 50 Ländern sprachen über die notwendigen Maßnahmen: Der 1986 errichtete Sarkophag soll eine neue Ummantelung erhalten, die 105 Meter in die Höhe ragen wird und den Reaktor für die nächsten einhundert Jahre sicher machen soll. Des Weiteren soll das Geld für die Errichtung eines Atommüll-Zwischenlagers verwendet werden. Geplant ist die Fertigstellung beider Vorhaben für 2015. Insgesamt wurden auf der Konferenz 550 Mio. Euro von der internationalen Gemeinschaft zugesagt, die Finanzierungslücke war allerdings auf 740 Mio. Euro beziffert worden.

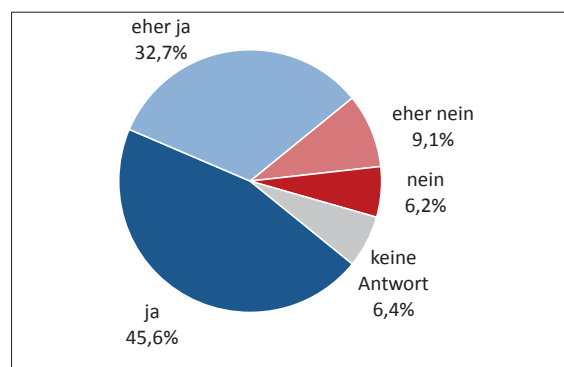
In der Ukraine sind derzeit vier Atomkraftwerke – Riwne, Chmelnyzkyj, Süd-Ukraine und Saporishshja – mit insgesamt 15 Reaktoren in Betrieb. Zwei weitere Reaktoren sind noch im Bau. In einem Gastkommentar für den *Tagespiegel* vom 18.4.2011 betonte Präsident Wiktor Janukowytsch, dass es in den letzten 25 Jahren keine Störungen mehr an den vier ukrainischen Atomkraftwerken gegeben habe und bereits sehr hohe Sicherheitsstandards eingeführt worden seien. Die Atomenergie stelle lediglich in geologisch aktiven Regionen ein unvertretbares Risiko dar, müsse also in der Ukraine nicht aufgegeben werden. Der Kommentar Janukowytschs endet mit den Worten: »Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in der Lage sind, das so umzusetzen, dass uns das Nuklearfeuer warmhalten wird, ohne uns zu versengen.«

Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich heute jedoch gegen den Bau von neuen Atomkraftwerken aus.

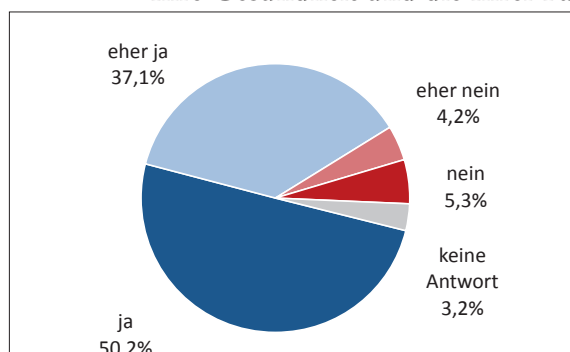
Grafik 1: Sollten Ihrer Meinung nach neue Atomkraftwerke oder neue Blöcke in bereits bestehenden Atomkraftwerken gebaut werden?



Grafik 2: Ist das Atomkraftwerk von Tschernobyl heute sicher?



Grafik 3: Befürchten Sie, dass die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl sich negativ auf Ihre Gesundheit und die Ihrer Familie und Freunde auswirken könnte?



Quelle: repräsentative Umfrage des Gorschenin-Instituts vom 18. bis 20.4.2011, http://institute.gorshenin.ua/researches/80_25_let_posle_katastrofi_na_CHAES.html

Vom 13. April bis zum 10. Mai 2011

13.4.2011	Die Regierung befürwortet die neue Militärdoktrin der Ukraine. In ihr wird die Blockfreiheit der Ukraine sowie der Verzicht auf den Beitritt zur Nato festgeschrieben.
13.4.2011	Ministerpräsident Mykola Asarow erklärt, sein russischer Amtskollege Wladimir Putin habe bei einem Besuch in Kiew zugestimmt, die Gaspreisformel für den Verkauf russischen Gases an die Ukraine nochmals zu diskutieren. Putin erklärt kurz darauf in Moskau, dass über den Gaspreis nicht weiter verhandelt werde. Tags darauf lenkt er ein: Man werde die Verträge nochmals prüfen.
15.4.2011	Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen Oleg Dubin, den ehemaligen Leiter des ukrainischen Energieversorgers Naftohas, wegen Amtsüberschreitung bei der Unterzeichnung der Gasverträge mit Russland im Jahr 2009.
15.4.2011	Mitarbeiter der ersten englischsprachigen Zeitung in der Ukraine, der Kyiv Post, streiken, weil ihr Chefredakteur Brian Bonner entlassen wurde. Laut Pressemeldungen habe er sich der Anweisung des Besitzers Mohammed Zahour widersetzt und gegen dessen Willen ein Interview mit Landwirtschaftsminister Mykola Prysaschnjuk abgedruckt. Fünf Tage später nimmt Zahour Bonner als eines von mehreren Mitgliedern des Redaktionsrates wieder in die Zeitung auf und gibt bekannt, dass er sich von der Zeitung trennen wolle, weil sie nicht genug Gewinn abwerfe. Seit Juni 2010 war es immer wieder zu Auseinandersetzungen um die redaktionelle Unabhängigkeit gekommen. Kurz zuvor war auch Serhiy Tychy als Chefredakteur der Gaseta po-kyewsky abgesetzt worden, nachdem die Zeitung einen Monat lang wegen Auseinandersetzungen zwischen dem Investor und Tychy nicht erschienen war.
18.4.2011	Bei seinem Besuch in Kiew betont José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, dass eine Integration der Ukraine in die Zollunion mit Russland, Kasachstan und Belarus mit einer Aufnahme in die Freihandelszone der EU nicht vereinbar sei. Präsident Wiktor Janukowytsch geht im Gegenteil von einer Belebung der EU-Integration durch die Zollunion aus.
18.4.2011	Julija Tymoschenko, Vorsitzende der Partei Vaterland, weist die Fraktionsmitglieder des Block Tymoschenko an, von nun an keine Gesetze mehr gemeinsam mit den Vertretern der Mehrheit im Parlament einzureichen.
19.4.2011	Vor der russischen Botschaft in Kiew und den russischen Konsulaten im Land versammeln sich Menschen, um für die Rechte der Ukrainer in Russland zu demonstrieren.
19.4.2011	Der Vorsitzende des Kiewer Stadtrates Oles Dowhyj bietet seinen Rücktritt an und wird mit 112 von 113 Stimmen abgewählt. Zuvor waren Gerüchte laut geworden, er habe gesetzeswidrig öffentliche Grundstücke verkauft. Bürgermeister Leonid Tschernowetzkyj schlägt Halyna Hereha von der Fraktion Bürgeraktiv Kiews als Nachfolgerin vor. Sie wird am Folgetag mit 89 von 90 Stimmen gewählt.
19.4.2011	Präsident Wiktor Janukowytsch eröffnet die Tschernobyl-Konferenz, auf der u. a. Geld für eine neue Reaktor-Schutzhülle und für ein Atommülllager gesammelt wird. Von den erhofften 740 Mio. Euro werden insgesamt 550 Mio. zugesagt. Die EU will 110 Mio. überweisen.
20.4.2011	Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Andrij Klujew wird zum Koordinator für Fragen der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS ernannt.
20.4.2011	84 Abgeordnete verschiedener Fraktionen unterschreiben einen Aufruf an den Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka, in dem sie ihn bitten, das Verfahren gegen Mykola Melnytschenko wegen Landesverrats und der Weitergabe geheimer Informationen an Ausländer wieder aufzunehmen. 2001 war er wegen des Mitschneidens von Gesprächen des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma angeklagt worden, 2005 wurde das Verfahren jedoch eingestellt.
20.4.2011	Die Regierung beschließt, dass ukrainische Schüler vom 1.9.2012 an eine Fremdsprache ab der ersten Klasse lernen sollen und Informatik ab der zweiten Klasse.
21.4.2011	Dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Haftverlängerung bis zum 26.5.2011 für Jurij Luzenko, den ehemaligen Innenminister, wird stattgegeben, da sich noch nicht alle Beteiligten mit den entsprechenden Unterlagen vertraut gemacht hätten. Luzenko geht daraufhin in Hungerstreik und wird ab dem 1.5. zwangsernährt.
21.4.2011	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, dem zufolge am Tag des Sieges neben der ukrainischen Fahne auch das Banner des Sieges (rote Fahne mit Hammer und Sichel) gehisst werden soll. Die Opposition sieht darin den Versuch die Gesellschaft zu spalten. Stadträte vor allem aus der Westukraine haben angekündigt, die rote Fahne nicht zuzulassen.
21.4.2011	Oleh Solomachyn wird zum Vorsitzenden der Kommunisten der Republik Krim gewählt. Sein Vorgänger Leonid Gratsch hatte die Partei seit 1993 geleitet, war dann aber im Dezember 2010 aus der Partei ausgeschlossen worden.

21.4.2011	Das in erster Lesung mit 332 Stimmen befürwortete Gesetz über die Verpflichtung der Parteien zur Vorlage eines Rechenschaftsberichts über die Umsetzung ihres Wahlprogramms wird in zweiter Lesung abgelehnt. Nur noch 30 Parlamentarier stimmen dafür.
26.4.2011	Anlässlich des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl nehmen die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Dmitrij Medwedew und Wiktor Janukowytsch, an Gedenkfeierlichkeiten teil. Der Präsident von Belarus, Aleksandr Lukaschenka, nimmt nicht wie geplant an den Feierlichkeiten teil, weil Janukowytsch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zur Geberkonferenz eingeladen hatte, der seinerseits ankündigte, er werde die Konferenz verlassen, wenn Lukaschenka teilnehme.
27.4.2011	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko geht in New York gegen den Gaszwischenhändler RosUkrEnerg und einen der Hauptaktionäre, Dmytro Firtasch, vor Gericht. Firtasch wirft sie Betrug und Erpressung im Zusammenhang mit einer für den ukrainischen Staat negativ ausgefallenen Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts im letzten Jahr vor. Das Gericht hatte den staatlichen Gasversorger Naftohas verpflichtet, 12,1 Mrd. m ³ Gas an RosUkrEnerg zurückzugeben und eine Schadenszahlung zu leisten.
27.4.2011	Anlässlich des ersten Jahrestages der Verlängerung des Vertrages über die Stationierung der russischen Flotte auf der Krim und der Festlegung eines Preisnachlasses auf russisches Gas gehen in Kiew 5.000 Menschen auf die Straße. Sie fordern eine Aufhebung oder zumindest eine Überprüfung der Verträge.
27.4.2011	Zum 68. Jahrestag der Gründung der SS-Division Galizien versammeln sich ca. 900 Menschen in Lwiw zu einem Gedenkmarsch.
28.4.2011	Der ukrainische Journalistenverband veröffentlicht eine Liste mit Beamten und Medienbesitzern, die die Rechte von Journalisten beschneiden. Angeführt wird die Liste von Jan Tabatschnyk, einem Abgeordneten der Partei der Regionen.
9.5.2011	In der Ukraine wird der 66. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg begangen. Beim Festmarsch in Kiew wird auch das Banner des Sieges gehisst, wengleich die Unterschrift des Präsidenten Wiktor Janukowytsch unter das Gesetz, das dies anordnet, noch nicht vorliegt. In Lwiw kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Mitgliedern der Partei Freiheit sowie verschiedenen Jugendorganisationen. Tags darauf legt der Vorsitzende der Regionalverwaltung von Lwiw, Mychajlo Zymbaljuk, sein Amt nieder.
10.5.2011	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko erklärt, dass sie beim Petschersker Bezirksgericht in Kiew Klage gegen die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen sie eingereicht habe. Tymoschenko wird vorgeworfen bei der Aushandlung der Gasverträge mit Russland im Jahr 2009 ihre Amtsbefugnisse überschritten zu haben. Des Weiteren wird Serhij Wlasenko von der Fraktion Block Tymoschenko als ihr Verteidiger zugelassen. Bisher war er abgelehnt worden, weil diese Aufgabe nicht von einem Parlamentarier übernommen werden dürfe.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



www.laender-analysen.de/belarus/

NEU: BELARUS-ANALYSEN

- Im **Mai 2011** erscheint die erste Ausgabe der **Belarus-Analysen**.
- Diese Hintergrundanalysen sollen bei der Beurteilung aktueller Ereignisse und langfristiger Entwicklungen in Belarus behilflich sein. Sie werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin und dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund, mit finanzieller Unterstützung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft herausgegeben. Ihr Anliegen ist es, das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und interessierte Öffentlichkeit verfügbar zu machen.
- Jede Ausgabe bietet eine kurze Analyse zu einem aktuellen Thema der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung des Landes. Ergänzt wird sie mit Tabellen und Grafiken. Zusätzlich gibt es regelmäßig Kommentare und Hintergrundinformationen zu aktuellen Ereignissen sowie eine Chronik mit den wichtigsten Geschehnissen der vergangenen zwei Monate. Die Belarus-Analysen orientieren sich damit am erfolgreichen Konzept der Länder-Analysen (www.laender-analysen.de).
- Die Belarus-Analysen werden ab Mai 2011 **alle zwei Monate** erscheinen und auf Anforderung **kostenlos** per E-Mail als pdf-Datei versandt.
- Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort »**Abo Belarus-Analysen**« in der Betreffzeile an fsopr@uni-bremen.de. Ein Archiv der kommenden Ausgaben sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/belarus.



SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladivostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft